

## ERGEBNISÜBERSICHT

### Eltern fordern Schulvielfalt und freie Schulwahl ohne Zusatzkosten

Elternstudie 2019 offenbart Misstrauen gegenüber staatlichen Schulangeboten

*Stuttgart/Hamburg/Berlin, 18.09.2019.* Gäbe es echte Wahlfreiheit zwischen staatlichen, konfessionellen und freien Schulen, würde mehr als die Hälfte der Eltern ihr Kind auf eine freie Schule schicken. Zudem sprechen sie sich klar gegen das notengebundene Leistungsprinzip und für ein allgemeines Handyverbot an deutschen Schulen aus. Das ergab die Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“. Für die repräsentative Untersuchung wurden im Januar und Februar 2019 im Auftrag des Bundes der Freien Waldorfschulen bundesweit 2.064 Eltern schulpflichtiger Kinder im Alter bis zu 18 Jahren vom Meinungsforschungsinstitut Mentefactum in Kooperation mit Aris Umfrageforschung befragt.

Angenommen Schulkosten und Schulentfernung wären gleich, würden 47 Prozent der Eltern eine freie Schule für ihr Kind wählen. 41 Prozent würden sich für eine staatliche, 6 Prozent für eine konfessionelle Schule entscheiden. Auch bei Eltern, deren Kind aktuell eine staatliche Schule besucht, zeigt sich dieser Trend: bei 48 Prozent käme ihr Kind dann auf eine freie Schule, bei 1 Prozent auf eine konfessionelle. 45 Prozent würden ihr Kind auf der staatlichen Schule belassen. „Der große Vertrauensvorschuss, den Schulen in freier Trägerschaft offensichtlich bei deutschen Eltern genießen ist gleichzeitig ein eindeutiges Misstrauensvotum gegenüber dem staatlichen Schulangebot und ein deutliches Plädoyer für die Ermöglichung von Schulvielfalt“, sagte der Bildungsforscher Prof. Dr. Heiner Barz von der Universität Düsseldorf bei der Präsentation der Studienergebnisse in Berlin.

Klare Stellung beziehen Eltern auch bei der Frage nach der Schulfinanzierung: Während 9 von 10 Eltern (89 %) der Meinung sind, dass der Staat insgesamt zu wenig Geld für Bildung ausgibt, fordern 84 Prozent, dass Eltern und Kinder das Recht haben sollten, sich ohne Zusatzkosten für die Schule ihrer Wahl entscheiden zu können. Lediglich 13 Prozent lehnen dies ab. Entsprechend ist eine deutliche Mehrheit von 71 Prozent der Eltern der Meinung, dass der Staat hinsichtlich der Finanzierung staatlicher und freier Schulen keinen Unterschied machen sollte. Nur ein knappes Viertel (24 %) hält die unterschiedliche Finanzierung der Schulangebote für richtig. „Man kann dies als deutliches Votum für eine faire Gleichstellung der freien und der staatlichen Schulen hinsichtlich ihrer Finanzierung aus Steuermitteln verstehen – mindestens aber als verbindlichen Auftrag an die Kultus- und Finanzminister der Länder, die Deckungslücke zwischen staatlichen Finanzhilfen und realen Schulkosten nicht weiter zu vergrößern“, sagte Barz.



### Qualitätskriterien einer guten Schule

Auch bei den Kriterien, die aus ihrer Sicht eine gute Schule ausmachen, sind sich die Eltern einig: Neun von zehn vorgegebenen Eigenschaften halten sie mit Zustimmungswerten von deutlich über 80 Prozent wichtig für die Qualitätsbewertung einer Schule. Ganz oben stehen „gute und engagierte Lehrkräfte“ (99 %), „lebenspraktischer Unterricht“ (98 %), „verlässliche Lehrkräfte, die gerade den jüngeren Schülern Orientierung, Schutz und Sicherheit bieten“ (97 %) gefolgt von „umfassender und nachhaltiger Bildung“ (95 %), „flexiblem Eingehen auf die Bedürfnisse der Schüler“ (93 %), guten Voraussetzungen „für die Entfaltung der Persönlichkeit“ (93 %), „individuellem Unterricht“ (91 %), „Unterricht, der die Schüler aus Interesse und nicht aus Prüfungsangst lernen lässt“ (88 %) sowie dem „Einsatz für Inklusion“ (83 %). Lediglich eine Zielvorgabe findet sich weit abgeschlagen am unteren Ende: „Geht genau nach Lehrplan vor“ wird von nur 21 Prozent der Eltern als wichtiges Qualitätsmerkmal einer guten Schule angesehen.

### Deutliche Unterschiede zwischen staatlichen und freien Schulen

In der Umsetzung dieser Merkmale sehen die Eltern deutliche Unterschiede zwischen staatlichen und freien Schulen. Gerade das aus ihrer Sicht unwichtigste Merkmal einer guten Schule („geht genau nach Lehrplan vor“), kennzeichnet staatliche Schulen am stärksten: 72 Prozent sehen das so. Als Charakteristikum von Schulen in freier Trägerschaft ist dieses Merkmal aus Elternsicht dagegen fast irrelevant – lediglich 6 Prozent stimmen dieser Aussage zu. Auch bei einigen der ihnen besonders wichtigen Qualitätsmerkmale unterscheidet sich die Elternsicht auf staatliche und freie Schulen erheblich: „Unterricht, bei dem die Schüler in erster Line aus Interesse und nicht aus Prüfungsangst lernen“ sehen die Eltern vor allem an Schulen in freier Trägerschaft verwirklicht (71 % Zustimmung) – mit dem Alltag an staatlichen Schulen verbinden dies nur 21 Prozent. Ähnlich große Unterschiede gibt es beim „flexiblen Eingehen auf die Bedürfnisse der Schüler“ (65 % Zustimmung an freien Schulen gegenüber 17 % an staatlichen), der Umsetzung von „individuellem Unterricht“ (57 % gegenüber 17 %) und den Voraussetzungen „für die Entfaltung der Persönlichkeit“ der Schüler (54 % gegenüber 22 %). Barz: „Die Studienergebnisse zeigen, dass Eltern gerade bei den für die Bildungsgerechtigkeit wichtigen Aspekten, die mit der individuellen Förderung der Schüler und dem flexiblen Umgang mit ihre Voraussetzungen und Bedürfnissen zu tun haben, dringenden Korrekturbedarf an staatlichen Schulen sehen.“

Uneinig sind sich die Eltern darüber, ob ein verstärkter Wettbewerb um gute pädagogische Konzepte und Ideen die Qualität der Schulen insgesamt verbessern würde. 42 Prozent der Eltern sprechen sich für einen verstärkten Wettbewerb aus, 54 Prozent halten diesen nicht für notwendig. Trotz dieser Vorbehalte erwartet eine relative Elternmehrheit von 40 Prozent, dass ein verstärkter Schulwettbewerb die Qualität der einzelnen Schulen verbessern würde. 36 Prozent erwartet keine Veränderungen, 21 Prozent sogar eine Verschlechterung der Schulqualität. „Vor dem Hintergrund, dass – jenseits des Bildungsföderalismus – die Idee des Wettbewerbs im

deutschen Bildungsdiskurs bisher kaum Fuß gefasst hat, halte ich dieses Ergebnis für beachtenswert“, betont Barz.

### **Staat oder Zivilgesellschaft?**

Auch bei der Präferenz, in wessen Primärverantwortung Entscheidungen rund um die Schule – also Lehrinhalte, Schulformen etc. – liegen sollten, ist die Meinung der Eltern nicht eindeutig: 62 Prozent der Eltern plädieren für die Entscheidungshoheit von Staat und Politik, mehr als jeder Dritte (36 %) sieht diese Verantwortung jedoch eher bei der Gesellschaft, also den Eltern und den Lehrern. „Die schulische Selbstbestimmung und eine Eltern-Lehrer-Trägerschaft ist als Wunschvorstellung offenbar weiter verbreitet, als bislang angenommen“, sagte Meinungsforscher und Mentefactum-Geschäftsführer Klaus-Peter Schöppner. „Der Wunsch nach stärkerer gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme und Schulautonomie ist ein wichtiger Grund für die Wahl einer Schule in freier Trägerschaft“, so Schöppner weiter. Das zeige sich daran, dass 44 Prozent der Eltern, deren Kind eine Schule in freier Trägerschaft besucht, dies befürworteten. Bei Eltern von Kindern auf staatlichen Schulen sind es dagegen nur 35 Prozent.

### **Differenzieren statt selektieren**

Folgen Eltern bei der Frage nach der schulischen Hauptverantwortung noch mehrheitlich dem Status Quo, gilt dies bei der Frage nach der optimalen Unterrichtsform zur Vorbereitung der eigenen Kinder auf das Leben nicht mehr. Um ihnen gute Voraussetzungen zur späteren Lebensbewältigung zu geben, wünschen sich fast drei Viertel (72 %) einen kreativen, auf die Bedürfnisse der Kinder individuell eingehenden Unterricht, nur 26 Prozent die weit verbreitete Form eines Unterrichts mit Leistungsnachweisen, Tests und Prüfungen. Entsprechend ist die überwältigende Mehrheit (93 %) der Eltern der Meinung, dass Schule nicht nur auf Prüfungen ausgerichtet sein sollte, sondern auch die Entwicklung einer selbstbewussten Persönlichkeit fördern müsse. „Das Prüfungswissen wird heute überbewertet, es sollte zurückgefahren werden, zugunsten einer stärkeren Orientierung an dem, was Schüler wirklich auf das Leben vorbereitet“, sagt Barz.

76 Prozent der Eltern wünschen sich, dass die Schulbildung freier nach den Bedürfnissen der Schüler und weniger nach den Vorgaben der Schulbehörden gestaltet wird. Der Lehrplan solle dabei nur den Rahmen für den Unterricht setzen, geben 86 Prozent der befragten Eltern an. Die Detailgestaltung solle dann der Lehrer vor Ort übernehmen und sich dabei an den Fähigkeiten seiner Schüler orientieren.

### Vermittlungsauftrag der Schulen

Ebenso deutlich fällt das Elternvotum bei der Frage nach dem vorrangigen Vermittlungsauftrag von Schule aus: 83 Prozent der Eltern erwarten eine vielfältige humanistische Bildung, die vor allem auf das Leben vorbereitet. Nur jeder Sechste (16 %) sieht die vorrangige Schulaufgabe in der direkten Vorbereitung auf den Beruf. Neun von Zehn Eltern (93 %) sagen, der Schulunterricht müsse aus ihrer Sicht dafür sorgen, dass die Kinder auch praktische, künstlerische und musische Kenntnisse und Erfahrungen erwerben. 9 von 10 Eltern (91 %) meinen sogar, dass jedes Kind das Recht auf eine umfassende Bildung habe, die kulturelle und musische Bildung einschließt. Um dies umzusetzen, muss aus der Sicht vieler Eltern auch die Ausbildung der Lehrer reformiert werden. 81 Prozent wünschen sich, dass die Lehrer neben ihrer fachlichen Ausbildung auch kreative und praktische Kompetenzen erlernen.

Die deutliche Mehrheit der Eltern (84 %) glaubt sogar, dass die größere Wertschätzung praktischer Fähigkeiten dazu führt, handwerkliche Berufe für die Schüler attraktiver zu machen. „Durch die Wahl einer Schule, die etwa dem Kunst- oder Werkunterricht größere Bedeutung beimisst, könnte dem extremen Fachkräftemangel im Handwerk mittelfristig entgegengewirkt werden“, so Schöppner.

Henning Kullak-Ublick, Vorstandssprecher im Bund der Freien Waldorfschulen und Auftraggeber der Studie, hofft, dass die Studienergebnisse zu einem Umdenken in der Bildungspolitik beitragen, hin zu größerer Autonomie und künstlerischer Durchdringung des gesamten Bildungswesens. „Die Studienergebnisse zeigen sehr deutlich, dass Eltern großen Wert auf musische und kulturelle Angebote legen und gerade nicht nur auf reines Prüfungswissen und immer weitere, staatlich vorgegebene Standardisierungen des Unterrichts. Es geht Eltern sehr wesentlich um individuelle Förderung und die Entwicklung ihrer Kinder zu selbstbewussten Persönlichkeiten“, so Kullak-Ublick bei der Vorstellung der Studie in Berlin.

### Digitalisierung: lieber erst ab Klasse 5

Fünf Milliarden Euro sollen über den DigitalPakt Schule in die Digitalisierung der deutschen Schulen fließen. Einigkeit herrscht darüber, dass eine gute technische Ausstattung die Schulbildung nicht verbessert. Um die Technik sinnvoll in den Unterricht zu integrieren, müssen auch die pädagogischen Konzepte angepasst werden. Doch ab welchem Alter gehören Tablets und Computer aus Elternsicht überhaupt in den Unterricht? Nur 16 Prozent sind der Meinung, dass Grundschulkinder in den Klassen 1 bis 4 digitale Geräte nutzen sollten. Die deutliche Mehrheit (54 %) der Eltern halten ihre Verwendung frühestens im Verlauf der Klassen 5 bis 7, also in den weiterführenden Schulen, für sinnvoll. 21 Prozent votieren für die 8. Klasse als frühesten Zeitpunkt für die Nutzung von Tablets und Computern im Schulunterricht, immerhin 7 Prozent würden sie komplett aus der Schule heraushalten.



Aus Sicht des Bildungsforschers Barz bremsen dieses Ergebnis die Digitalisierungseuphorie deutlich, da der Computer für Eltern alles andere als ein Allheilmittel für empfundene Defizite des Bildungssystems zu sein scheint: „Wenn 8 von 10 Eltern für eine computerfreie Grundschulzeit plädieren, muss man festhalten, dass die Forderung mancher IT-Lobbyisten und Digital-Evangelisten nach möglichst frühzeitigem und flächendeckendem Einsatz digitaler Geräte in den Schulen nicht mit den Erwartungen der großen Mehrheit der Eltern übereinstimmt.“ Unerlässlich ist es für die überwältigende Mehrheit der Eltern dagegen, dass die deutschen Schulen neben den Finanzmitteln für die Digitalisierung zusätzlich Gelder für die Kreativitätsförderung der Schüler erhalten. 9 von 10 Eltern (88 %) unterstützen diese Forderung.

### **Eltern für Handyverbot an deutschen Schulen**

Seit das französische Parlament im Juli 2018 ein Handyverbot an Frankreichs Schulen beschlossen hat, wird auch in Deutschland über dieses Thema kontrovers diskutiert. Bisher gilt nur an bayerischen Schulen ein gesetzliches Verbot für Mobiltelefone – allerdings mit vielen Ausnahmen. Die Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“ hat nun erstmals repräsentativ ermittelt, wie deutsche Schuleltern zu diesem Thema stehen. Das Ergebnis ist eindeutig: Mit 85 Prozent der Befragten spricht sich die klare Mehrheit der Eltern für ein allgemeines Handyverbot für unter 16-Jährige an deutschen Schulen aus, 13 Prozent sind dagegen. Allerdings: Klare Unterschiede zeigen sich, wenn man das Alter der befragten Eltern betrachtet. Bei den unter 29-jährigen Eltern sind 62 Prozent für ein Verbot, Eltern zwischen 30 und 44 Jahren unterstützen ein Handyverbot zu 83 Prozent und bei den über 45-Jährigen sind es sogar 91 Prozent.

### **Mehr Mittel für Inklusion**

Das Konzept der Inklusion, also der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen, versammelt inzwischen eine breite Mehrheit der Eltern hinter sich. Allerdings kritisieren die Eltern, dass die Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion an den Schulen bisher nicht ausreichend gegeben sind. 85 Prozent fordern, dass die Basis für den inklusiven Unterricht an den Schulen durch mehr Geld, zusätzliche Lehrer und Sozialpädagogen sowie bessere bauliche Voraussetzungen verbessert werden muss. Bei den unter 29-Jährigen sind es sogar 90 Prozent. „Dieses Ergebnis belegt die große Solidarität der Eltern mit schwächeren und benachteiligten Schülern, beinhaltet aber vor allem den klaren Auftrag an die Politik, mit deutlich mehr finanziellen Mitteln die personellen und baulichen Voraussetzungen für erfolgreiche Inklusion zu schaffen“, so Barz.

### Forderungen an die Bildungspolitik

Damit Schulvielfalt, verbunden mit echter Wahlfreiheit für die Eltern und Chancengleichheit für die Kinder entstehen kann, bedarf es laut Kullak-Ublick grundlegender Veränderungen im deutschen Schulsystem. „Vor allem muss die unterschiedliche Finanzierung von staatlichen und nicht-staatlichen Schulen beendet werden“, lautet eine seiner konkreten Forderungen an die Bildungspolitik – auch mit Blick auf die Ergebnisse der Elternstudie 2019. „Die jetzige Schulgesetzgebung fördert ein Zweiklassensystem, indem sie den freien Schulen eine gleichberechtigte Finanzierung vorenthält, zur Erhebung von Schulgeld zwingt und dadurch bewusst Hürden für einen ungehinderten Zugang schafft“, sagt Kullak-Ublick. Echte Chancengleichheit sei aber nur durch Vielfalt im Schulwesen möglich, unabhängig von den Schulträgern und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. „Das Schulgeld, das freie Schulen erheben müssen, da nicht die gesamten Schülerkosten refinanziert werden, ist für viele Eltern eine starke Hemmschwelle und erschwert Wahl- und Chancengleichheit.“

Internationale Bildungsvergleiche zeigen, dass der Bildungserfolg in Deutschland in einem Maß von der sozialen Herkunft abhängt wie in keinem anderen vergleichbaren Land. „Durch die Stärkung der freien Schulen werden sozioökonomische Unterschiede abgebaut und mehr Chancengleichheit für junge Menschen geschaffen“, sagt Kullak-Ublick. Dass dies in der Praxis funktioniert, zeigten die meisten skandinavischen Länder und die Niederlande. Hier hätten alle Familien freie Wahl zwischen verschiedenen Schulen, ohne dafür mit Schulgeldzahlungen bestraft zu werden. „So entsteht ein produktiver Wettbewerb, der nichts mit dem Einkommen der Eltern, aber umso mehr mit pädagogischer Gestaltungsfreiheit zu tun hat und dadurch allen Schulen und vor allem den Schülern zugutekommt“, betont Kullak-Ublick. „Wir müssen uns auch in Deutschland davon verabschieden, die Finanzierung vom Schulträger abhängig zu machen, sondern nach der Schülerzahl gehen. Schulen sollten für jeden Schüler den gleichen Kostensatz erhalten.“

### Wegmarken für ein gerechtes und zukunftsfähiges Schulwesen

Der Bund der Freien Waldorfschulen nimmt die Veröffentlichung der Elternstudie 2019 zum Anlass, eine breite Diskussion um die aktuellen Herausforderungen des Schulsystems anzuregen und formuliert „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“. Kullak-Ublick: „Zahlreiche gesellschaftliche, soziale, demografische und technologische Entwicklungen verändern mit zunehmender Geschwindigkeit das Leben der Kinder und Jugendlichen und bedürfen pädagogischer Antworten. Um den aktuellen Herausforderungen zu entsprechen, brauchen wir Schulen, die allen Schülern offenstehen und Lehrer, die flexibel auf ihre Bedürfnisse eingehen können. Mit unseren ‚7 Kernforderungen an die Bildungspolitik‘ legen wir nun Wegmarken für ein Schulwesen vor, das die Individualität der Schüler, die Professionalität der Lehrer und die Mündigkeit der Eltern gleichermaßen ernst nimmt.“

Die „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“ sowie druckfähige Ergebnis- und Infografiken der Studie „Bildung und Schule – Elternstudie 2019“ können hier heruntergeladen werden:  
[www.waldorfschule.de/elternstudie](http://www.waldorfschule.de/elternstudie)

**Studiensteckbrief:** Für die repräsentative Studie befragte das Meinungsforschungsinstitut Mentefactum in Kooperation mit Aris Umfrageforschung im Januar und Februar 2019 im Auftrag des Bundes der Freien Waldorfschulen telefonisch 2.064 Eltern mit mindestens einem schulpflichtigen Kind bis zu 18 Jahren.